

Ergebnisprotokoll

**über die 14. Sitzung
des Beirates von und für Menschen mit Behinderung
des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
(3. Wahlperiode des Beirats)
am Montag, dem 16. Juni 2014**

Anwesende: Frau Stenger, Herr Koch, Frau Trzecinski, Frau Mitterer, Herr Kneisel, Herr Bäse, Frau Brück, Herr Lockau, Herr Naumann, Herr Friedrich, Frau Grothe, Herr Schmidt, Herr Süß, Frau Hansen, Herr Kaas Elias, Frau Ledwig, Herr Schimek

Gäste: Frau Koserske, Frau Firneis, Frau Schmidt, Frau Röttger, Frau König, Frau Cieschinger

Ort: Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

TOP 1: Begrüßung

Herr Naumann begrüßt die Anwesenden und fragt nach Änderungswünschen zur Tagesordnung. Es werden keine Änderungen angeregt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Persönliches Budget – Diskussion zum Sachstand in Charlottenburg-Wilmersdorf

Zur Diskussion dieses Themas stehen seitens des Sozialamts Frau Schmidt (Eingliederungshilfe, Fallmanagement) und seitens des Gesundheitsamts Herr Schimek (Beratungsstelle für behinderte und pflegebedürftige Menschen) den Beiratsmitgliedern zur Verfügung.

Herr Friedrich bittet die Beiratsmitglieder Frau Stenger (Arbeitsgemeinschaft für selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen e.V. – ASL) und Frau Mitterer (Lebenswege Wohnprojekte gGmbH), die mit diesem Thema im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit besonders befasst sind, um eine kurze Erläuterung ihrer Erfahrungen in Zusammenhang mit dem Persönlichen Budget, insbesondere in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Frau Stenger führt aus, dass zwar nicht die ASL, jedoch der Berliner Assistenzverein (BAV) mit fünf Menschen mit Behinderung in Charlottenburg-Wilmersdorf in Kontakt stehe, die ihre behinderungsbedingten Hilfe- und Assistenzleistungen im Rahmen des so genannten Arbeitgebermodells über ein Persönliches Budget organisierten. Diese hätten im Oktober letzten Jahres - in Folge einer Änderung in der entsprechenden Abrechnungsgrundlage, dem so genannten Leistungskomplex 32 (LK 32) - einen Antrag auf Erhöhung der Leistungen gestellt. Bislang sei jedoch erst in einem Fall ein Bewilligungsbescheid ergangen. Darüber hinaus moniert Frau Stenger, dass der Budget-Antrag einer Bürgerin vom Sozialamt seit längerem nicht bearbeitet werde. Dies werde seitens des Sozialamts damit begründet, dass die zuständige Sachbearbeiterin seit längerem erkrankt sei und aus datenschutzrechtlichen Gründen derzeit nicht auf die entsprechende, für die Antragsbearbeitung ausschlaggebende E-Mail-Korrespondenz zugegriffen werden könne. Frau Stenger äußert darüber hinaus ein gewisses Verständnis für die personelle Situation im Sozialamt, weist aber nachdrücklich darauf hin, dass sich dies aus ihrer Sicht nicht zu Lasten der behinderten Menschen auswirken könne.

Frau Mitterer erläutert, dass Lebenswege Dienstleistungen für Menschen mit körperlicher, geistiger und Mehrfachbehinderung organisiere, und zwar in Form verschiedener Leistungstypen wie z.B. WGs oder Wohngruppen. Viele ihrer Klienten würden im Sinne einer selbstbestimmten Lebensführung ihre Hilfeleistungen gern in Form eines Persönlichen Budgets organisieren. Sie interessiere sich unter anderem für das Beratungsangebot zum Persönlichen Budget im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, zur Hilfebedarfserhebung sowie für konkrete Angaben zur Zahl der Budgetnehmerinnen und –nehmer im Bezirk.

Frau Schmidt erläutert, dass grundsätzlich zwei Formen des Persönlichen Budgets unterschieden werden könnten, und zwar zum einen Budgets in Form des so genannten Arbeitgebermodells, zum anderen – in der Regel in deutlich geringerem finanziellen Umfang - als Budget im Rahmen der Eingliederungshilfe. In Charlottenburg-Wilmersdorf erhielten derzeit acht Personen ein Budget im Arbeitgebermodell, entsprechende Zahlen zu Budgets im Rahmen der Eingliederungshilfe lägen nicht vor.

In der sich anschließenden Diskussion werden unter anderem folgende Punkte thematisiert:

- die Praxis des Sozialamts in Hinblick auf Beratung, Hilfebedarfserhebung, Bewilligung und Zielvereinbarung,
- der Umgang mit der finanziellen „Deckelung“ der Budgets, also der Regelung, dass die in Form eines Persönlichen Budgets erbrachten Leistungen nicht mehr Kosten verursachen sollten als die „herkömmliche“ Leistungserbringung und
- der Informationsaustausch mit anderen Bezirksämtern.

Frau Schmidt schlägt vor, Detailfragen im Rahmen von persönlichen Gesprächen zu klären. Dies wird seitens der Beiratsmitglieder dankend zur Kenntnis genommen.

Frau Stenger plädiert dafür, die Zuständigkeit für alle Budget-Verfahren in Berlin bei einer zentralen Stelle anzusiedeln, z.B. bei EINEM Bezirksamt, wie dies bei anderen Sachgebieten bereits seit langem gängige Praxis sei. Sie spricht sich weiterhin dafür aus, zur Vermeidung von Leistungsmissbrauch eine unabhängige Beratungsstelle wie z.B. den BAV, ASL oder Ambulante Dienste e.V. zwischen Sozialamt und Klienten zu „schalten“. Auch würde ein höheres Maß an Vertrauen des Sozialamts gegenüber den Budgetnehmerinnen und -nehmern zu deutlich weniger Arbeitsaufwand für alle Beteiligten führen.

Auf Nachfrage von Herrn Friedrich erläutert Herr Schimek, dass das Thema Persönliches Budget bei der Beratungsstelle für behinderte und pflegebedürftige Menschen kaum eine Rolle spiele. Die Beratung übernehme das Fallmanagement des Sozialamts.

Herr Naumann dankt Frau Schmidt und Herrn Schimek für ihre Erläuterungen und die Teilnahme an der Diskussion.

TOP 4: Verschiedenes

Herr Naumann weist darauf hin, dass der vom Bezirksamt im April beschlossene Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK Gegenstand einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion in der nächsten Bezirksverordnetenversammlung sein wird.

Die nächste Sitzung findet statt am 15. September 2014,

Herr Naumann bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:30 Uhr.

Naumann
(Vorsitzender)

Friedrich
(Protokollant)